

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Sebastian Kurz
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.328.517

Wien, am 5. Juli 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Krisper, Kolleginnen und Kollegen haben am 7. Mai 2021 unter der Nr. **6543/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Archivierungspflicht vs. Vernichtung und Löschen: Was wurde wann vom Kanzler gelöscht und warum?“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Einleitend darf ich festhalten, dass Verwaltungshandeln aufgrund der bestehenden Vorschriften im weitaus überwiegendem Ausmaß in elektronischen Akten (z. B. ELAK, elektronischer Personalakt) seinen inhaltlichen Niederschlag findet.

Bei den in der Verwaltung verwendeten Systemen wird bereits weitestgehend technisch sichergestellt, dass wesentliche rechtliche Grundlagen (u.a. das Bundessarchivgesetz) eingehalten werden.

Archivrelevantes Schriftgut liegt daher in der Regel entweder in entsprechend gekennzeichnete Papierform, elektronisch im ELAK oder in für die Archivierung aufbereiteten Datenbeständen von Fachanwendungen vor. Für den ELAK bestehen

entsprechende Vorgaben (z.B. Skartierung oder Übertragung an das Österreichische Staatsarchiv), die großteils automationsunterstützt umgesetzt werden.

Folgende Vorschriften finden Anwendung:

- Bundesarchivgesetz, BGBl. I Nr. 162/1999
- Denkmalschutzgesetz, BGBl. Nr. 533/1923
- Bundesarchivgutverordnung, BGBl. II Nr. 367/2002
- Büroordnung 2004
- Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679 (DSGVO)
- Datenschutzgesetz (DSG), BGBl. I Nr. 165/1999

Grundlegend wird weiters festgehalten, dass Daten, die im Aktensystem ELAK hinterlegt sind, nicht mehr durch Benutzerinnen und Benutzer gelöscht werden können. Darüber hinaus werden ressortinterne Angelegenheiten des Dienstbetriebes (z.B. Materialverwaltung, interne Schriftstücke) gemäß Büroordnung 2004 nicht archiviert.

Zu Frage 1:

1. *In welchem Umfang wurde seitens des BKA während der Regierung "Kurz I" angefallenes Schriftgut (iSd Bundesarchivgesetzes) an das Staatsarchiv übergeben (bitte Angabe nach Anzahl an Dokumente, Datenträgern, Mails, Seitenanzahl)?*

Seitens des Bundeskanzleramts wurde im Sinne des § 6 Abs. 3 Bundesarchivgesetz je ein Datenträger mit während der Regierung „Kurz I“ angefallenem Schriftgut der Kabinette Bundeskanzler Sebastian Kurz, Bundesministerin Dr. Juliane Bogner-Strauß und Bundesminister Mag. Gernot Blümel an das Österreichische Staatsarchiv übergeben. Die drei Datenträger wurden wie vorgesehen in Kuverts verschlossen und versiegelt. In meinem Verantwortungsbereich wurden damit die einschlägigen Bestimmungen erfüllt und das entsprechende Schriftgut vollständig übergeben.

Zu Frage 2 bis 8 und 12 bis 16:

2. *In welchem Umfang wurde seitens des BKA während der Regierung "Kurz I" angefallenes Schriftgut (iSd Bundesarchivgesetzes) gelöscht (bitte Angabe nach Anzahl an Dokumente, Datenträgern, Mails, Seitenanzahl)?*
3. *Wer war während der Regierung "Kurz I" für die Einhaltung der Bestimmungen des Bundesarchivgesetzes innerhalb des Kabinetts des Bundeskanzlers bzw. des Kabinetts des Kanzleramtsministers zuständig?*

4. *Welche Handlungen setzte diese Person wann, um auf jeweils welcher Ebene bzw. in welcher Entität über die Bestimmungen des Bundesarchivgesetzes zu informieren?*
5. *Welche Handlungen setzte diese Person wann, um auf jeweils welcher Ebene bzw. in welcher Entität über die Archivierungspflichten nach dem Bundesarchivgesetz zu informieren?*
6. *Welche internen Regularien wurden jeweils wann kommuniziert, um eine umfassende Umsetzung der Archivierungspflicht zu gewährleisten?*
7. *Wann erfuhren Sie durch diese Person von den Archivierungspflichten nach dem Bundesarchivgesetz?*
8. *Wann erfuhren Sie anderweitig von den Archivierungspflichten nach dem Bundesarchivgesetz?*
 - a. *Durch wen wann in welcher Form?*
12. *Wer war während der Regierung "Kurz I" für Regularien (auch) zum Löschen von Schriftgut jeder Art innerhalb des Kabinetts des Bundeskanzlers bzw. des Kabinetts des Kanzleramtsministers zuständig?*
13. *Welche Handlungen setzte diese Person wann, um auf jeweils welcher Ebene bzw. in welcher Entität Löschungen von welchem Schriftgut vorgenommen zu wissen?*
14. *Welche internen Regularien wurden jeweils wann kommuniziert, um Löschungen von welchem Schriftgut vorgenommen zu wissen?*
15. *Gab es diesbezügliche Regularien/Vorgaben formeller oder informeller Natur und wenn ja, wer erließ diese in wessen Auftrag wann?*
16. *Inwiefern wurde bei der Löschung von Unterlagen sichergestellt, dass es sich nicht um Schriftgut handelt, welches der Archivierungspflicht unterliegt?*

Die Umsetzung des Bundesarchivgesetzes und der Bundesarchivgutverordnung ist durch die gem. § 12 Bundesministeriengesetz 1986 verabschiedete Büroordnung, welche für alle Bediensteten maßgeblich ist, gewährleistet. Die Büroordnung steht über das Intranet des Bundeskanzleramts allen Bediensteten zur Verfügung. Dem Gesetz sowie der Verordnung sind alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kabinette gleichermaßen verpflichtet.

Zu Frage 9:

9. *Wann wurde an Sie durch wen die Rechtsmeinung herangetragen, dass die Bestimmungen des Bundesarchivgesetzes keine Archivierungspflichten festschreiben würden?*

Eine solche abstrakte Rechtsmeinung wurde nicht an mich herangetragen.

Zu den Fragen 10 und 11:

10. Da laut Aussagen von Ihnen, Ihrer Assistent_innen und anderer Auskunftspersonen immer wieder Schriftgut gelöscht wurde: Äußerten Sie, Herr Kanzler, je Wünsche zum Umgang mit Schriftgut, das bei Ihnen bzw. den Mitarbeiter_innen Ihres Kabinetts oder des des Kanzleramtsministers anfällt?
- a. Wenn ja, wann äußerten Sie welche Wünsche an wen?
11. Äußerten Sie, Herr Kanzler, je Wünsche, inwiefern Schriftgut, das bei Ihnen bzw. den Mitarbeiter_innen Ihres Kabinetts oder des des Kanzleramtsministers anfällt, zu löschen sei?
- a. Wenn ja, wann äußerten Sie welche Wünsche an wen?
- b. Wenn ja, in welchem Abstand wünschten Sie welches Schriftgut gelöscht zu wissen?

Nein.

Zu den Fragen 17 bis 27:

17. Wer führte die von Ihnen beschriebenen Löschungen durch und in welchem Ausmaß und zeitlichen Intervallen erfolgten diese hinsichtlich der Mails im Besitz von
- a. Ihnen?
- b. Kanzleramtsminister Blümel?
- c. Mitarbeiter_innen der Kabinette Kurz/Blümel?
18. Wer führte die von Ihnen beschriebenen Löschungen durch und in welchem Ausmaß und zeitlichen Intervallen erfolgten diese hinsichtlich der Chatnachrichten im Besitz von
- a. Ihnen?
- b. Kanzleramtsminister Blümel?
- c. Mitarbeiter_innen der Kabinette Kurz/Blümel?
19. Wer führte die von Ihnen beschriebenen Löschungen durch und in welchem Ausmaß und zeitlichen Intervallen erfolgten diese hinsichtlich der Kalendereinträge von
- a. Ihnen?
- b. Kanzleramtsminister Blümel?
- c. Mitarbeiter_innen der Kabinette Kurz/Blümel?
20. Wann und in wessen Auftrag erfolgten die letzten Löschungen von Mails/Chatverläufen von
- a. Ihnen?
- b. Kanzleramtsminister Blümel?
- c. Mitarbeiter_innen der Kabinette Kurz/Blümel?

21. Wurde anlässlich des Bekanntwerden des Ibiza Videos die Löschung von Mails/Chatverläufen angeregt/durchgeführt?
 - a. Wenn ja, warum, in welchem Ausmaß?
 - b. Durch wen erfolgte die Anregung?
 - c. Durch wen erfolgte die Löschung?
22. Wurde anlässlich des erfolgreichen Misstrauensantrages am 27. Mai 2019 die Löschung von Mails/Chatverläufen angeregt/durchgeführt?
 - a. Wenn ja, warum, in welchem Ausmaß?
 - b. Durch wen erfolgte die Anregung?
 - c. Durch wen erfolgte die Löschung?
23. Wurde danach (nach dem 27. Mai 2019) die Löschung von Mails/Chatverläufen angeregt/durchgeführt?
 - a. Wenn ja, warum, in welchem Ausmaß?
 - b. Durch wen erfolgte die Anregung?
 - c. Durch wen erfolgte die Löschung?
24. Wann kam es jeweils zu regelmäßigen Löschungen?
25. Wann kam es jeweils zu unregelmäßigen Löschungen?
26. Inwiefern sind Löschungen aus Ihrer Sicht mit den in der Begründung genannten Archivierungspflichten zu vereinbaren?
 - a. Auf welche wann durch wen bei wem eingeholte Rechtsmeinung stützen Sie diese Meinung?
27. Wurden rechtliche Gutachten/Stellungnahmen zur vom BKA in der Regierungsperiode Kurz I gewählten Praxis des rigorosen Löschens eingeholt?
 - a. Wenn ja, wer erstellt diese wann in wessen Auftrag zu welcher Frage und mit welchem detaillierten Ergebnis?
 - b. Wenn nein, warum erfolgten die Löschungen dennoch?

Ich ersuche um Verständnis, dass ich mich zu den auf mich bezogenen Fragen bereits im Untersuchungsausschuss geäußert habe und daher auf das veröffentlichte Protokoll der Befragung verweisen darf. Ebenso darf ich auf das veröffentlichte Protokoll der Befragung meiner Büroleiterin Lisa Wieser verweisen. Fragen betreffend Bundesminister Mag. Blümel und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in dessen Kabinett kann ich nicht beantworten.

Die Einholung von rechtlichen Gutachten war bislang nicht erforderlich. Aufkommende Fragen werden im kurzen Weg mit dem Österreichischen Staatsarchiv erörtert und nach dessen Einschätzung behandelt. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass das Löschen

von Kurznachrichten entsprechend der – auch öffentlich verfügbaren – Auskunft des Staatsarchivs gesetzeskonform ist (siehe <https://orf.at/stories/3171066/>).

Zu den Fragen 28 und 29:

28. Welche Schritte wurden aktuell (in Hinblick auf den Auftrag des VfGH zur Vorlage) unternommen zur Wiederherstellung gelöschter Mails?

29. Wie lange werden Backups von gelöschten Mails im BKA oder in dessen Auftrag beim BRZ gespeichert?

Ich darf auf den von mir dem Nationalrat vorgelegten Vollzugsbericht samt Beilagen verweisen. Dieser enthält eine detaillierte Darstellung der Erhebungsschritte und -ergebnisse. Auch die von staatlich befugten und beeideten Ingenieurkonsulenten für Informatik (Ziviltechniker) begleiteten, protokollierten und begutachteten Erhebungen im Bundeskanzleramt sowie deren Beurkundung liegen dem genannten Bericht bei und somit dem Nationalrat vor.

Darüber hinaus darf ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfragen Nr. 4016/J vom 22. Juli 2019, Nr. 4024/J vom 23. Juli 2019, Nr. 4029/J vom 23. Juli 2019, Nr. 4036/J vom 23. Juli 2019, Nr. 4051/J vom 25. Juli 2019, Nr. 4052/J vom 25. Juli 2019, Nr. 4081/J vom 31. Juli 2019 und Nr. 4090/J vom 7. August 2019 durch meine Amtsvorgängerin sowie der parlamentarischen Anfragen Nr. 4037/J vom 23. Juli 2019 und Nr. 4053/J vom 25. Juli 2019 durch den damaligen Bundesminister für Europa, Kunst, Kultur und Medien verweisen, die die Speichersystematik des Bundeskanzleramts ausführlich darlegen.

Sebastian Kurz

